

Wald als Standort für Windkraft?

Ausschüsse empfehlen: Gebiete im Wald aus Flächennutzungsplan nicht von vornherein ausschließen

DRANSFELD. Wenn mögliche Flächen, auf denen Windkraftanlagen errichtet werden könnten, ausgewiesen werden, solle man den Wald als Standort nicht von vornherein außer Betracht lassen, meint die Gruppe SPD-FWG im Rat der Stadt Dransfeld, und hat daher beantragt, den Wald mit zu prüfen. Bisher könne die Stadt von der Windkraft kaum profitieren, sagte dazu Gerald Bindseil (SPD) in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am Dienstag in Bördel.

In Niedersachsen sei das Aufstellen von Windenergieanlagen zwar nicht generell erlaubt, aber es gebe Ausnahmeföglichkeiten, wenn es sich um so genannte gestörte Flächen handele, die also schon durch andere Eingriffe beeinträchtigt sind.

Da der Wind auf dem Hohen Hagen kräftig weht, könnten Standorte dort unter wirtschaftlichem Aspekt durchaus interessant sein, ob sie auch die Bedingungen erfüllen, unter denen Windkraftanlagen dort erlaubt werden können, müsste geprüft werden. Sobald sich irgendwo eine mögliche Fläche herauskristallisiere, müsse man selbstverständ-



Im Nachbarland stehen sie schon: Hier der Windpark Söhrewald im hessischen Nienstetal an der Grenze zu Niedersachsen.

Archivfoto: Schmidt/Aibotix/nh

lich die Bürger mit einbeziehen. Jede Waldfläche, machte Bindseil deutlich, läge weiter weg von den Dörfern als die

bisher im Flächennutzungsplan eingezeichneten.

Günter Schwethelm, Bündnis 90/Die Grünen, stimmte

dem zu: Im ersten Entwurf des neuen Flächennutzungsplanes sei der Wald gar nicht berücksichtigt worden. Da der Plan gerade noch einmal überarbeitet werde – daher wurde die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit auch vorübergehend gestoppt – solle man noch einmal genau hinsehen.

Aspekte wie Zuwegung oder Ausgleichsmaßnahmen würden bei der Betrachtung möglicher Flächen einbezogen, antwortete Bindseil auf eine Frage von Jürgen Endres, der von seiten des Naturschutzbundes nachhakte. Der SPD-FWG-Gruppe

sei es wichtig, die Diskussion öffentlich zu machen, das sei der Grund für den gemeinsamen Antrag, „wir wollen, dass

der Rat mit einbezogen wird und nicht alles dem Verwaltungsausschuss überlassen, deshalb müssen wir selbst aktiv werden“, sagte er. Der Rat tagt öffentlich, der Verwaltungsausschuss tagt nicht öffentlich. Im Antrag wird ausdrücklich die Stadt Dransfeld dazu aufgefordert, eine Stellungnahme zur Ausweisung der Potentialflächen für Windenergie abzugeben, wenn der Flächennutzungsplan der Samtgemeinde neu ausgelegt wird.

Jan-Thomas Geyer (CDU) vertrat die Ansicht, die Waldflächen einzubeziehen sei bereits auf dem Weg, da der Forstrat eine entsprechende Empfehlung abgegeben hatte. Den Flächennutzungsplan erstelle die Samtgemeinde und dort sei die Anregung des Forstrates bereits aufgenommen worden, „es besteht kein Handlungsbedarf für die Stadt“. Geyer beantragte, sich einfach dem Forstrat anzuschließen. Das taten die Ausschussmitglieder einstimmig.

Mit vier Ja- und drei Nein-Stimmen nahm der Ausschuss aber auch den Antrag der SPD-FWG-Gruppe an, mit dem die Diskussion auch an die öffentlichen Gremien geht. (tns)